

Ehemaliger Präsident Bolsonaro in Coup-Vorwurf verwickelt

Jair Bolsonaro, ehemaliger Präsident Brasiliens, wurde wegen eines angeblichen Putschplans angeklagt, der die Wahlergebnisse von 2022 in Frage stellen sollte. Die Vorwürfe könnten zu einem prominenten Prozess führen.

Der ehemalige Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, wurde in Verbindung mit einem angeblichen Coup-Plot zur Umkehrung der Wahlergebnisse von 2022 angeklagt. Dies geht aus Dokumenten hervor, die am Dienstagabend von den Staatsanwälten eingereicht wurden. Bolsonaro gehört zu insgesamt 34 Personen, die mit verschiedenen Anklagen konfrontiert sind, darunter auch die Bildung einer bewaffneten kriminellen Organisation und der versuchte gewaltsame Abbau der demokratischen Rechtsordnung.

Details zu den Anklagen gegen Bolsonaro

Den Staatsanwälten zufolge begann der Plan bereits im Jahr 2021, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in elektronische Wahlmaschinen zu untergraben. Im Jahr 2022 soll Bolsonaro mit Botschaftern und diplomatischen Vertretern gesprochen haben, um Vorwürfe des Wahlbetrugs zu diskutieren. Ziel war es, die internationale Gemeinschaft auf einen möglichen Missbrauch des Wählerwillens bei den Präsidentschaftswahlen vorzubereiten, wie aus einer Erklärung des Generalstaatsanwalts hervorgeht.

Fortdauernde Kampagne gegen Wahlintegrität

Obwohl keine Beweise für Wahlbetrug gefunden wurden, soll die Gruppe um Bolsonaro ihrer Kampagne zur Diskreditierung des Wahlsystems unvermindert weitergearbeitet haben. Zudem wird Bolsonaro vorgeworfen, einem Plan zur Durchführung des Coup d'état zugestimmt zu haben, der den Tod des gewählten Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und seines Vizepräsidenten vorsah.

Mobilisierung von Anhängern am 8. Januar 2023

Der letzte Versuch, die Wahlen zu kippen, fand am 8. Januar 2023 statt, als Unterstützer von Bolsonaro angeblich mobilisiert wurden, um in Brasília Regierungsgebäude zu stürmen und zu verwüsten. Im November wurden Bolsonaro und 36 weitere Personen im Rahmen einer Untersuchung des angeblichen Coup-Versuchs angeklagt.

Rechtliche Konsequenzen und politisches Umfeld

Die Anklagen, die vor dem Obersten Gerichtshof in Brasília eingebracht wurden, könnten den Weg für einen hochkarätigen Prozess ebnen. Sollte der Oberste Gerichtshof die Anklagen annehmen, werden die Angeklagten formell zu Beschuldigten. Um sicherzustellen, dass dieser Fall die Präsidentschaftswahlen in Brasilien im Jahr 2026 nicht beeinflusst, drängen die Richter darauf, den Prozess vor Ende 2025 abzuschließen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der Gerichtshof vor Anfang März über die Annahme des Falls oder über die anstehenden vorläufigen Anhörungen entscheiden wird.

Vorwürfe und mögliche Strafen

In der 844-seitigen Anklageschrift vom November beschuldigten die Bundespolizei Bolsonaro, „vollständig im Bilde“ über den angeblichen Coup-Plan gewesen zu sein. Er habe „geplant,

gehandelt und den Plan direkt und effektiv geleitet“. Bolsonaro bestritt jegliche Beteiligung und erklärte gegenüber dem brasilianischen Magazin Veja, er habe „nie einem solchen Plan zugestimmt“.

Amnestiegespräche und mögliche Haftstrafe

Laut CNN Brasil hält sich der ehemalige Präsident in Brasília auf, um mögliche Amnestiegespräche zu führen. Sollte er für schuldig befunden werden, könnte Bolsonaro bis zu 28 Jahre Haft drohen. Im Jahr 2023 wurde ihm bereits für acht Jahre das Recht auf öffentliche Ämter entzogen, nachdem er in einer anderen Untersuchung des Amtsmissbrauchs für schuldig befunden wurde, falsche Informationen über die Integrität des brasilianischen Wahlmechanismus an ausländische Regierungen verbreitet zu haben.

Diese Geschichte entwickelt sich weiter und wird regelmäßig aktualisiert.

Duarte Mendonça hat zu diesem Bericht beigetragen.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at